

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **18.03.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/026

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:31 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:31 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:32 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Sund, Björn

stellv. Vorsitzender

Dreeskornfeld, Thomas

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Hinz, Gerald
Köneke, Klaus
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Wichmann, Christiane

stellv. Mitglied/Mitglieder

Nijenhof, Rüdiger

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Kugel, Michael
Philipps, Lutz

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 11.02.2019
3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- 3.1. Änderung Organisationsplan der Stadtverwaltung
Vorlage: M 2019 0828
- 3.2. Inbetriebnahme Rathaus V / Sanierung Rathaus I
Vorlage: M 2019 0827
- 3.3. 1. Sachstandsbericht zur Organisation der Hausmeisterdienste
Vorlage: M 2019 0845
- 3.4. Betriebsabrechnung 'Obdachlosenunterkünfte 2016 - 2017'
Vorlage: M 2019 0849
- 4. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665
- 5. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654
- 6. Behördennummer 115
Antrag von Herrn Michael Fleischmann, Die Linke, vom 31.01.2019
Vorlage: A 2019 0819
- 6.1. Servicecenter / D 115
Vorlage: M 2019 0868
- 7. Änderung der Hundesteuersatzung; Antrag des Herrn Rüdiger M. Nijenhof (Freie Burgdorfer) vom 07.03.2019
Vorlage: A 2019 0853
- 8. Anfragen laut Geschäftsordnung
- 8.1. Assistenzsysteme für schwere kommunale Fahrzeuge
Vorlage: F 2019 0836
- 9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Sund eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärte er, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 5 vertagt werden sowie unter TOP 6 der TOP 6.1 – Vorlage M 2019 0868 – ergänzt werden müsse.

Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 11.02.2019**

Mit 8 Jastimmen und 1 Enthaltung wurde das Protokoll vom 11.02.2019 beschlossen.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Kugel teilte mit, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung mitgeteilt habe, dass es die Aufgaben nach dem Fahrlehrer- und Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz mit Wirkung vom 01.09.2019 auf die Region Hannover übertragen werde.

Die dafür bis zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Stellenanteile in Höhe von 10% werden der Abteilung 51.4 zur Verfügung gestellt.

Mit Kosten für die Stadt Burgdorf sei die Aufgabenübertragung an die Region Hannover nicht verbunden.

3.1. **Änderung Organisationsplan der Stadtverwaltung Vorlage: M 2019 0828**

Herr Köneke sprach in diesem Zusammenhang an, dass es nach Meinung der Verwaltung vermieden werden solle, dass Mitarbeiter in verschiedenen Abteilungen eingesetzt werden. Er persönlich halte es nicht für verkehrt, wenn die Mitarbeiter auch in verschiedenen Bereichen Kenntnisse erlangen und nicht nur in einem Fachgebiet.

Hierzu erläuterte **Herr Kugel**, dass es vielmehr vermieden werden solle, Mitarbeiter zeitgleich in mehreren Abteilungen einzusetzen, was aber nicht immer vermeidbar sei. Dass Mitarbeiter nach einigen Jahren in andere Abteilungen wechseln, um dort entsprechende Kenntnisse zu erlangen, sei aber – wenn es möglich ist – zu begrüßen.

Die Frage von **Herrn Köneke**, ob nach Umorganisation innerhalb der Verwaltung die Ausschüsse an die Aufgabenbereiche angepasst werden würden, wurde von **Herrn Kugel** dahingehend beantwortet, dass dieses aus Gründen der Arbeitsauslastung zeitnah nicht möglich sei.

**3.2. Inbetriebnahme Rathaus V / Sanierung Rathaus I
Vorlage: M 2019 0827**

Herr Köneke sprach die in der Vorlage erwähnte Obergrenze von 2 Mio. € für die Sanierung des Rathauses I an und fragte nach wie es möglich sei, die Kosten jetzt schon zu deckeln, obwohl noch keine Unterlagen zum Kostenrahmen vorliegen.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass auch erst eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werde. Dadurch solle Art und Umfang des insgesamt gegebenen Sanierungsbedarfs ermittelt und z.B. auch Aufschluss darüber erlangt werden, ob es wirtschaftlich sei, auch das oberste Stockwerk zu ertüchtigen. Nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie müsse dann entschieden werden, welche Maßnahmen im Rathaus I unter Berücksichtigung des Raumbedarfs und des gesetzten Finanzrahmens durchgeführt werden müssen und sollen.

**3.3. 1. Sachstandsbericht zur Organisation der Hausmeisterdienste
Vorlage: M 2019 0845**

Die Frage von **Herrn Köneke** zur Vertretung der Druckerei durch den Hausmeister der Rathäuser wurde von **Herrn Kugel** dahingehend beantwortet, dass dieses durch Umorganisation innerhalb des Rathauses und nicht durch zusätzliches Personal erfolgen werde.

**3.4. Betriebsabrechnung 'Obdachlosenunterkünfte 2016 - 2017'
Vorlage: M 2019 0849**

Herr Köneke sprach die Anzahl der Übernachtungen an und wies darauf hin, dass bei Betrachtung der Gesamtkosten ein Betrag zwischen 90,00 und 100,00 € pro Nacht anfalle. Weiterhin wies er darauf hin, dass nur noch 12 Wohnungen genutzt werden und überlegt werden solle, ob die Gebäude nicht anderweitig genutzt werden könnten bzw. der Bereich verkleinert werden könnte.

Herr Philipps wies darauf hin, dass die Wohnhäuser Eseringer Straße be-

reits vor Jahren abgerissen wurden und das Gebiet zur Vermarktung stehe. Es gebe zwar kein vorgeschriebenes Kontingent für das Vorhalten von Obdachlosenwohnungen, allerdings müsse die Kommune bei Bedarf aber auch entsprechend reagieren können.

Herr Hammermeister erläuterte noch, dass die in der Betriebsabrechnung angegebene Zahl der Übernachtungen nur für die Tageswohnung gelte. Die Anzahl der Übernachtungen in Wohnungen sei bei der Belegung bisher nicht aufgeführt.

**4. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

**5. Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

**6. Behördennummer 115
Antrag von Herrn Michael Fleischmann, Die Linke, vom 31.01.2019
Vorlage: A 2019 0819**

Herr Fleischmann erläuterte kurz seinen Antrag und erweiterte ihn dahingehend, dass die Stadt Burgdorf ab 01.01.2020 mit als Pilotkommune starten solle.

Herr Nijenhof befürwortete diesen Antrag. Er könne sich vorstellen, dass sowohl die Telefonzentrale ausgegliedert als auch die Behördennummer 115 eingeführt würde. Dadurch würden die Sachbearbeiter von auflaufenden Telefonanrufen entlastet und könnten sich intensiver mit ihren eigentlichen Tätigkeiten befassen.

Auf die Nachfrage bei der Gemeinde Uetze, wie die dortigen Erfahrungen mit

der Ausgliederung der Telefonzentrale seien, gebe es – so **Herr Hinz** – bisher noch keine qualifizierte Antwort. Vor Teilnahme als Pilotkommune müssten auch erst noch die TOP 100 Leistungen ermittelt und eingepflegt werden.

Hierzu erklärte **Herr Kugel**, dass intern noch besprochen werden müsse, ob dieses in dem entsprechenden Zeitraum auch leistbar sei.

Nach weiterer Diskussion waren sich die Ausschussmitglieder einig, die Erweiterung des Antrages von Herrn Fleischmann so zu formulieren, dass „die Stadt Burgdorf nach Möglichkeit ab 01.01.2020 als Pilotkommune starten solle.“

Da noch kein Leistungsumfang beschrieben sei und entstehende Kosten noch nicht ermittelt werden können, war sich der Ausschuss darüber einig, den Antrag auf die nächste Sitzung zu vertagen, bis die entsprechenden Informationen vorliegen.

**6.1. Servicecenter / D 115
Vorlage: M 2019 0868**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**7. Änderung der Hundesteuersatzung; Antrag des Herrn Rüdiger M. Nijenhof (Freie Burgdorfer) vom 07.03.2019
Vorlage: A 2019 0853**

Herr Nijenhof erläuterte kurz seinen Antrag und wies darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand für eine Änderung der Hundesteuersatzung minimal wäre.

Herr Hinz bat darum anzugeben, wieviel Hunde in den letzten drei Jahren an Burgdorfer Bürger abgegeben und welche Kosten hierdurch eingespart wurden.

Hierzu schlug **Herr Nijenhof** vor, dass Mitarbeiter des Tierheims in der nächsten Sitzung hierzu entsprechende Zahlen vorlegen sollten.

Der Antrag wurde deshalb zur nächsten Sitzung vertagt.

8. Anfragen laut Geschäftsordnung

8.1. Assistenzsysteme für schwere kommunale Fahrzeuge Vorlage: F 2019 0836

Herr Nijenhof sprach sich dafür aus, die drei in der Vorlage aufgeführten Fahrzeuge mit Assistenzsystemen nachzurüsten. Die Nachrüstung des MAN (Kosten rd. 1.500 €) sollte zeitnah erfolgen, eine Nachrüstung der beiden Unimogs nach und nach.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass eine Nachrüstung des MAN im laufenden Jahr unproblematisch sei. Für die Nachrüstung der Unimogs müssten die Mittel (je 5.000 €) über einen Nachtrag oder bei den nächsten Haushaltsplanberatungen zur Beratung und Entscheidung gestellt werden.

Ergänzung über Protokoll:

Auf Anfrage von der Politik wurden Preise für das Umrüsten von schweren kommunalen Fahrzeugen über 3,5 Tonnen für 4 Fahrzeuge vom Bauhof bei den Herstellern eingeholt.

Für den Spülwagen konnte MAN nur ein optisches Assistentensystem und kein akustisches Assistentensystem anbieten. Dies ist nicht förderfähig und kostet mit Einbau und Material 1.500,00 €.

Für das Nachrüsten eines Abbiegeassistenten mit Kamera und Bildschirm im Innenraum liegt ein Kostenvoranschlag für die Fahrzeuge von Mercedes über rund 5.000,00 € brutto pro Fahrzeug mit Material und Einbau vor.

Dies betrifft die zwei Unimogs I und II und den Mercedes DB 511 mit Plane. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel sind nicht für den Doppelhaushalt 2019/2020 angemeldet worden.

Aufgrund eines Zeitungsartikels von der Stadt Burgwedel hat die Fachabteilung auf Nachfrage bei der Stadt Burgwedel noch von einem anderen Anbieter erfahren. Dieser bietet für alle Fahrzeuge das Nachrüsten eines Abbiegeassistenten mit Kamera und Bildschirm im Innenraum für 2.056,32 € mit Einbau je Fahrzeug an.

Die Fördermittel für 2019 sind schon erschöpft. Es können dafür keine Fördermittel mehr in Anspruch genommen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, den Spülwagen kurzfristig mit dem System auszurüsten und Erfahrungen zu sammeln. Sollte sich das System bewähren, können die restlichen Fahrzeuge - nach Bereitstellung der Mittel entweder über einen Nachtragshaushalt 2020 oder den Haushalt 2021 - später ausgerüstet werden.

9. Anregungen an die Verwaltung

Frau Wichmann erkundigte sich ob es möglich sei, für ehrenamtlich bestellte gerichtliche Betreuer Parkerleichterungen in der Form zu schaffen, dass diese ihren Betreuerausweis als Parkausweis nutzen könnten.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich generell gegen Ausnahmeregelungen dieser Art aus, da es auch durch andere ehrenamtlich Tätige zu entsprechenden Anträgen kommen würde.

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner mehr anwesend.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin